

Wir leben länger und arbeiten kürzer. Daher gewinnt der Teil des Lebenseinkommens, den man im Ruhestand kassiert, an Bedeutung - die Pension. Hier hat sich in Österreich über Jahrzehnte hinweg eine „Zwei-Klassen-Gesellschaft“ aufgebaut.

Auf der einen Seite stehen die geschützten Bereiche, in denen man im Ruhestand kaum viel weniger verdient als vorher. In diesem Pensionsparadies sonnen sich Politiker, Notenbanker, die Beschäftigten der Interessenvertretungen, Banken, der E-Wirtschaft und die Beamten. Von solchen Pensionen können normale ASVG-Versi-

Der Staat muß zu jeder Beamtenpension 14.000 Schilling aus Steuermitteln zuschießen

cherte, Bauern oder Gewerbetreibende nur träumen.

Für den Dienstgeber, der großzügige Pensionsregelungen schließlich zahlen muß, ist die Sache ein immer teurer werdender Spaß. Für ein paar hundert Pensionisten (z. B. in der Nationalbank) kann man

VON MANFRED SCHUMI

sich das noch einige Zeit leisten, für ein paar 100.000 wie im öffentlichen Dienst kaum.

Dazu ein Vergleich: Während der Steuerzahler zu jeder

ASVG-Pension 1800 Schilling im Monat zuschießt, muß jede Beamtenpension mit rund 14.000 Schilling von der Allgemeinheit gesponsert werden (ein „Arbeitgeberanteil“ des Staates ist da laut Europäischem Zentrum für Sozialforschung einberechnet).

Daher drängt Beamtenstaatssekretär Karl Schlögl darauf, künftig für alle Beamten und Vertragsbediensteten des Bundes (auch die ausgliederten Bereiche) und in weiterer Folge auch bei Ländern und Gemeinden nur

Die Vertreibung aus dem

Die absolut besten Ruhestandsregelungen haben die Politiker, die schon nach kurzer Zeit (bei Abgeordneten zehn Jahre) Anspruch auf 80 Prozent des letzten

halten. Bei den anderen Banken und Sparkassen und den Energieversorgern zahlen die Mitarbeiter den ASVG-Beitragssatz oder etwas mehr, 80 Prozent Pension

Besser dran als die Beamten...

Bezugs haben. Dafür zahlen Nationalbanker nur 2% bis 5% Pensionsbeitrag (von der vollen Gehaltshöhe). In der Bank Austria gibt es gar keine Pensionsbeiträge, erst seit dem Vorjahr wird ein Prozent der Gehaltserhöhung für die Pension einbe-

vom Letztbezug werden aber im Prinzip garantiert. Bei AK, ÖGB und den Handelskammern wurde das Erreichen von 80 (manchmal 70) Prozent für jüngst Eingetretene etwas erschwert, bei den Sozialversicherungen gibt es höhere Pensionsbeiträge.

mehr ASVG-Pensionen zu zahlen. Dafür sollen die Gehälter vor allem der jungen Aktiven angehoben werden.

Doch sein Plan hat einen Haken: Wenn z. B. ab 1998 für neu eintretende Staatsdiener das ASVG gilt, für alle anderen aber die alte Regelung, so haben wir 40 Jahre lang eine neue „Zwei-Klassen-Gesellschaft“. „Wenn man,“ so rechnet der Sozialforscher Professor Bernd Marin vor, „gleichzeitig die Gehälter der

Foto: Contrast/Hans Techt



Bernd Marin: „Man muß die Reform sehr schnell, aber sanft machen und gleich beginnen. Sonst passiert die nächsten 25 Jahre wieder nichts.“

Pensions-Paradies

jungen Beamten anhebt und den alten weiterhin die hohen Pensionen garantiert, ist das nicht finanzierbar.“

Er hat einen Alternativvorschlag parat: Ab einem Stichtag X gilt im gesamten öffentlichen Dienst ein neues Pensionsrecht. Ein Beamter, der etwa 20 Dienstjahre hat, behält für diese 20 Jahre seine „wohlerworbenen Rechte“. Für seine restliche Dienstzeit fällt er unter das neue Schema. Marin: „Wir haben be-

rechnet, daß die Pension für jedes Jahr nach neuem Recht um 0,5 Prozent geringer wird. Das halte ich für sozial vertretbar, weil man sich dafür dann höhere Einstiegsgehälter für Junge leisten kann.“

Wer kurz vor der Pension steht, also beispielsweise drei Jahre, verliert nach Marins Modell $3 \times 0,5\%$, also 1,5 Prozent seiner Pensionshöhe. Rechtlich soll so eine Änderung möglich sein. Marin: „Die Pensionsreform im öf-

fentlichen Dienst muß man schnell, aber sanft machen, und gleich beginnen. Sonst gibt es im Jahr 2036 noch immer zwei Pensionsysteme.“

Parallel dazu laufen auch in den anderen „geschützten“ Bereichen (siehe Kasten) Bestrebungen, für die kostenlose Superpension wenigstens mehr Beiträge einzunehmen. Trotzdem ist dort das Pensionsrecht meist noch viel besser als jetzt bei den Beamten, da es auch Abfertigungen gibt.